



Treffen mit Ministerpräsidentin

Der öffentliche Dienst braucht Motivation und Perspektiven

30. Juni 2011

Die Landesleitung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen führte am 28. Juni ein mehr als einstündiges Gespräch mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht über verschiedene Themen des öffentlichen Dienstes im Freistaat.



Der tbb wiederholte seine Forderung, die der Vorsitzende bereits zur Feierstunde anlässlich des 20-jährigen Bestehens des tbb erhoben hatte: „Thüringen muss Zeichen setzen, um der Abwanderung entgegen zu treten. Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes brauchen Motivation und Perspektiven. Nur so kann es gelingen, die Zukunft des Freistaats zu gestalten. Sparen einseitig zu Lasten der Beamtinnen und Beamten ist dazu kontraproduktiv.“ „Das Ziel, der Abwanderung entgegen zu wirken, hat auch die Thüringer Landesregierung“, stellte die Ministerpräsidentin fest, über die Wege dahin könne es aber durchaus verschiedene Vorstellungen geben.

Unterschiedliche Sichtweisen wurden z.B. deutlich beim Thema der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Hier forderte der tbb, sich in der parlamentarischen Debatte für eine Korrektur des Kabinettsbeschlusses einzusetzen, z.B. in Form einer systemgerechten Einmalzahlung für die Monate Januar bis September 2011. Auch müsse ein Ausgleich geschaffen werden für die fünf Jahre unbezahlter Mehrarbeit von 42 statt 40 Wochenstunden. Die Ministerpräsidentin nahm diese und weitere Anliegen zur Kenntnis, ohne Zusicherungen zu geben.

Den Schwerpunkt richteten die Gesprächsteilnehmer auf die weitere Gestaltung ihrer Zusammenarbeit. Sie kamen überein, sich künftig häufiger und regelmäßiger zu treffen, um den Meinungsstreit zu führen.

Eine ausführlichere Information wird im nächsten Regionalmagazin gegeben werden.

tbb-konkret